

VORWÄRTS

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten

Nummer 5 MAI/JUNI 1984 PREIS 55 SOLIDARITÄTSPREIS 105

Jugendarbeitslosigkeit

Redaktion
Kaiserstraße 14711
Post. 01/ 524
E-M...

GARANTIERTE LEHRSTELLEN FÜR ALLE!

Fortsetzung auf Seite 8



Programme läßt aber zu wünschen übrig. So waren im Jänner dieses Jahres alleine in Wien 1380 Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren ohne Lehr- bzw. Arbeitsplatz. Dem gegenüber standen nur 314 gemeldete offene Stellen zur Verfügung. Die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren betrug zu diesem Zeitpunkt 6742 (nur in Wien). Trotz Kopprämien (jeder Unternehmer, der Lehrlinge einstellt, bekommt vom Staat Geld) sind die Unternehmer nicht bereit, die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen. Offensichtlich haben sie wenig Vertrauen in den verspro-

Zur Zeit sind wieder Tausende Schulabgänger auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt wird von Jahr zu Jahr schlechter. Wer jetzt erst beginnt, die Firmen abzuklappern, steht schon auf ziemlich verlorenem Posten.

Von den 35 Millionen Arbeitslo-

sen in den OECD-Staaten ist fast die Hälfte unter 25 Jahren. Durch Jugendbeschäftigungsprogramme, die Unternehmer dazu bewegen sollen mehr Lehrstellen zu schaffen und vermehrte Aufnahme von Lehrlingen in öffentlichen Betrieben (Bahn, Post, Gemeinde . . .) wird versucht diesem Problem entgegenzutreten. Die Wirkung solcher

INHALT	
Weltwährungsfond	Seite 4
General Motors	Seite 3
SJÖ Verbandstag	Seite 2
Ternitz	Seite 11
Russische Wirtschaft	Seite 9
Terrorismus	Seite 6

SJ-VERBANDSTAG

AUSSER THESEN NICHTS GEWESEN... WENIG KONKRETES FÜR DIE BASIS

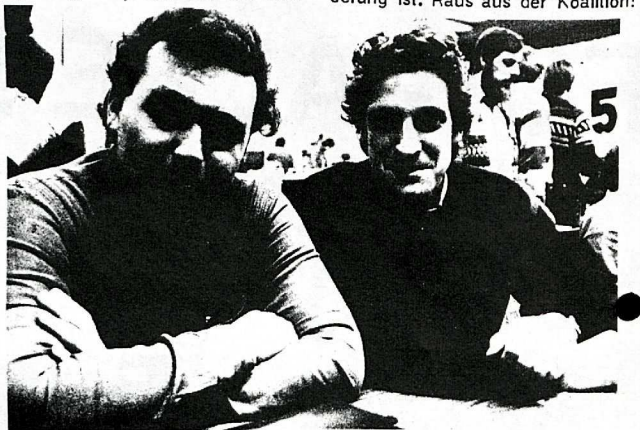
Vom 24. bis 26. Februar 1984 fand der zwanzigste ordentliche Verbandstag der Sozialistischen Jugend Österreichs statt. Er stand im Zeichen des Wechsels vom alten Verbandsobmann, Abgeordneter zum Nationalrat, Josef Cap zum neuen, Alfred Gusenbauer. Der Freitag stand im Zeichen der Cap-Diskussion. Zahlreiche Delegierte machten ihrer Enttäuschung über das schwächliche Verhalten Caps im Parlament Luft. Dabei kam es allerdings mehr zu persönlichen Angriffen gegen ihn, und die politische Kritik an seiner Arbeit kam zu kurz.

Am Samstag kam es zu einer hart geführten, unter die Gürtellinie gehenden Diskussion über den neuen Verbandssekretär. Die Oberösterreicher disqualifizierten sich und ihren Kandidaten mit ihren Aussagen selbst. So forderte einer: "Die offizielle Friedensbewegung der DDR muß unser Bündnispartner sein, denn sie vertritt unsere Standpunkte und nicht die konterrevolutionäre "Schwerter zu Pflugscharen" Bewegung." Überhaupt kristallisierten sich erneut die drei Flügel der SJÖ heraus. Der stalinistische Oberösterreichflügel, der linksreformistische Flügel um Gusenbauer, Schneider (der neuen Verbandssekretär) und Cap, sowie der parteifreundliche Flügel der SJ-Niederösterreich. Am ganzen Verbandstag kam die Theorie in den Diskussionen zu kurz, und auch praktische Anleitungen zur Arbeit fehlten. Ein Großteil der SJ hat sich den konkreten Aktionen entfremdet und macht Politik nurmehr im Sitzungssaal und in den Gremien.

So war es auch am zwanzigsten Verbandstag. Es wurden zwar fast 80 Anträge beraten und angenommen, aber konkrete Aktionen und

Beschlüsse zu Ternitz, GM oder Steyr wurden nicht gefaßt. Zwar wurde die Wichtigkeit der Solidarität zu streikenden Arbeitern erkannt, aber es blieb bei Lippenbekenntnissen.

Im Hauptreferat vertrat Heinz Fischer die Ansichten der Koalitionsregierung, die jedoch von fast allen



Delegierten verworfen wurden. Alfred Dallinger jedoch fand mit seinem kämpferisch klingenden Referat großen Anklang. Aber auch Dallinger konnte über die weitgehende Orientierungslosigkeit der SJÖ nicht hinwegtäuschen. Auch die Überlegungen über den Austromarxismus und den Dritten Weg helfen der SJ über ihre Krise nicht hinweg. Die Perspektiven der Sozialdemokratie liegen in einem konsequenten Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, gegen den Reformabbau der Regierung und für die 35-Stunden-Woche. Wenn die SPÖ weiterhin nur Verwalter des Kapita-

lismus spielt und sich nicht der ursprünglichen Idee des Sozialismus besinnt, wird sie früher oder später entlernt bekommen. Die SPÖ darf nicht länger die konservative Politik mittragen, wenn sie nicht vollends diskreditiert sein will. Unsere Forderung ist: Raus aus der Koalition!

Aktive Unterstützung der Arbeiter!

Dies nicht nur zu erkennen, sondern auch danach zu handeln, muß die Aufgabe der SJ sein. Daher, hin vor die Betriebe, hin zu Streiks, hin zu Veranstaltungen!

Der zwanzigste ordentliche Verbandstag stand unter dem Motto: "Gegen Arbeitslosigkeit - für Umverteilung". Das dürfen keine leeren Schlagworte bleiben. Vielmehr muß die SJ aktiv an Arbeitskämpfen teilnehmen. Der Kampf für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms in der SPÖ muß aufgenommen werden.

Andreas Pittler SJÖ

General Motors

Die Logik der Multis

Die Autoindustrie steckt weltweit in der Krise. Hunderttausende Menschen verloren in den letzten Jahren ihre Arbeitsplätze. In der Autoindustriestadt Detroit (USA), kam es 1982/83 nach Massenentlassungen bei Ford, Chrysler und General Motors zu Szenen, die in den USA zuletzt in den dreißiger Jahren vorkamen. Im Winter verhungerten und erfroren Hunderte, die Arbeitslosenrate kletterte auf 25%, und die Stadt verelendet.

Während Ford, Chrysler und General Motors 1983 ca. 7 Milliarden US Dollar Profit machten, sind alleine in den USA 250 000 Arbeiter in der Automobilindustrie arbeitslos (ca.15%). Durch die Einführung neuer Technologien (ein Roboter ersetzt 10 Arbeitsplätze) und damit verbundenen perfekten Personalkontrollsystemen, ist ein Ende der weltweiten Entlassungswelle nicht abzusehen.

Auch Japan und Europa bleiben von dieser Entwicklung nicht verschont. So wurde z.B. bei VW eine ganze Produktionsstraße voll automatisiert, was für hunderte Arbeiter den Verlust ihres Arbeitsplatzes bedeutete.

Durch die Einführung von Betriebsdatenerfassungssystemen (BEES) wird die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft perfektioniert. Wer sich das Kreuz in der Montage kaputtgearbeitet hat, kriegt über BEES einen Sitzplatz in der Vormontage, wo er mit seinen gesunden gebliebenen Körperteilen volle Arbeitsleistung bringen kann.

Auch im österreichischen General Motors-Werk, das 1982 mit Hilfe von 2,9 Steuermilliarden die Produktion aufnahm, wurde, unter dem Vorwand der Konkurrenzfähigkeit und damit der Arbeitsplatzsicherung, vor kurzem ein BEES-System errichtet. In den letzten Monaten zeigte sich die Lächerlichkeit dieser Argumente. Von den vertraglich zugesicherten 2.750 Arbeitsplätzen sind im Moment nur ca. 2.500 vorhanden, was bedeu-

tet, daß jeder Arbeitsplatz den Steuerzahler über eine Million öS gekostet hat.

Zusätzlich wurde bei General Motors ein Aufnahmestopp verfügt und die "natürlichen" Abgänge (ca. 30 im Monat) werden nicht ersetzt. Die Arbeiter müssen aber welter Überstunden machen und am Samstag und Sonntag Sonder-schichten fahren.

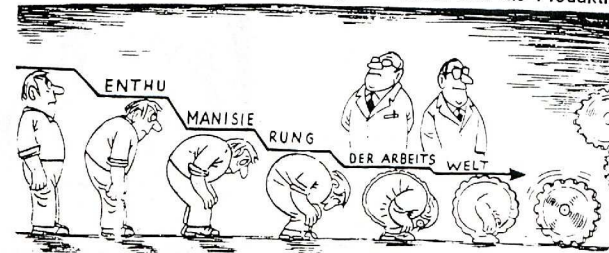
Während General Motors beim österreichischen Staat um weitere 200 Millionen öS Subventionen ansucht, um - so verlautete es vor zwei Jahren - eine Produktion von Fünfganggetrieben aufzubauen (worüber sich einige Arbeiter sehr wunderten, da sie schon damals solche Getriebe herstellten) werden die Gerüchte immer lauter, daß die Belegschaft, mit Hilfe von Rationalisierungsmaßnahmen, auf 1.500 Beschäftigte zusammengeschmolzen werden soll.

General Motors passt den Belegschaftsstand laufend der Absatzlage an. Die Hauptlast der kapitalistischen Krise wird damit auf die Rücken der Arbeiter abgewälzt. Da im Moment das Geschäft mit dem Corsa, für den die Motoren und Getriebe in Aspern gebaut werden, schlecht geht, und durch den Streik im Werk Saragossa, wo die Endmontage läuft, mußte auf Halbe produziert werden. Deshalb werden jetzt verstärkt Arbeiter und Arbeiterinnen "freigesetzt". Diese Entlassungen laufen unter dem Deckmantel der "natürlichen Fluktuation" ab.

Der Auftrag des Managements an alle Vorgesetzten lautet, genügend Entlassungskandidaten ausfindig zu machen. Durch BEES wird auch das erleichtert. Das Motto des General Motors Managements ist: alles für den Profit, nichts für die Arbeiter.

Die Automultis tun alles, um ihre Profite zu sichern, das Schicksal der Arbeiter ist ihnen gleichgültig. Die Strategie des Kapitals geht nur auf, weil die Gewerkschaften bis heute keine Perspektive und kein Konzept für ein gemeinsames Handeln über die Grenzen hinweg aufzeigen. Stattdessen unterstützen sie sogar die nationalstischen Scheinlösungen der Kapitalisten. Dabei sind die Voraussetzungen für einen internationalen Widerstand so gut wie noch nie. Die Konzerne haben ihre Produktionsstätten über die ganze Welt verteilt. Die einzelnen Teile eines Autos werden oft in verschiedenen Ländern oder Kontinenten produziert. Dadurch bestehen Abhängigkeiten in der Produktion, die für die Gewerkschaften als Machtmittel gegen das Kapital eingesetzt werden können. Es gibt nur noch Großbetriebe in der Autoindustrie. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Branche ist weltweit sehr hoch. Automobilarbeiter gehören weltweit zu den kampferfahrensten und bewußtesten Arbeitern.

Die Arbeitsplätze in der Autoindustrie können nur gehalten werden, wenn die Kapitalisten enteignet werden und die Produktion



unter demokratische Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gestellt wird. Dann kann durch einen interna-

tionalen Produktionsplan der Einsatz des vorhandenen Produktionspotentials im Interesse der Arbeiterklasse geregelt werden. An Stelle

von Arbeitslosigkeit kann Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich eingeführt werden.

Die einzige Antwort auf die kapitalistische Krise :

FÜR SOZIALISIERUNG DER GROSSINDUSTRIE!

Gegen die Unfähigkeit des Kapitals: Arbeiterkontrolle über die Wirtschaft

Weltwährungsfond
DER NÄCHSTE SCHWARZE FREITAG KOMMT BESTIMMT

1946 wurde in Bretton Woods, New Hampshire, Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) gegründet. Hauptaufgaben der beiden UNO-Organisationen war es vorerst, den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu finanzieren. Sowie ein "regulierendes Eingreifen in das Finanzgefüge der westlichen Welt", um Katastrophen wie den Schwarzen Freitag 1929 rechtzeitig vorherzusehen und zu verhindern.

Organisiert sind IWF und Weltbank ähnlich wie eine Aktiengesellschaft.

Mit den USA als Hauptaktionär entwickelten sie sich zusehends zu einem Finanzknüppel des amerikanischen Kapitalismus. Heute kontrolliert Washington den gesamten Kapitalfluß in und aus den Entwicklungsländern.

Drastisch vor Augen geführt wurde dies, als ein Kreditantrag Südafrikas von 68 Mitgliedsländern des IWF abgelehnt wurde, die Vereinigten Staaten stimmten aber dafür- Südafrika bekam den Kredit.

Ebenso haben auch rechte Diktatoren, wie Chiles Pinochet, nie Probleme mit dem IWF gehabt.

Als Sicherheit für gewährte Kredite verordnet der IWF den Schuldnerländern sogenannte Austerität Programme, eine Art "Sparprogramm", die die Länder zwingen den Gürtel da enger zu schnallen, wo nichts mehr zum Engerschnallen ist.

Gleichzeitig damit enthalten diese Programme Punkte, deren Ziel es ist, diese Länder in amerikanische Abhängigkeit zu bringen.

- Liberalisierung der Importpolitik, Profittransfer im Sinne der Multis
- Senkung der Reallöhne (in Brasilien gab es im Vorjahr bei einer Inflationsrate von 175% nur 80% Lohnerhöhung)
- Staatsausgabensenkung (gespart wird bei Sozialleistungen, Bildung und Gesundheit, niemals jedoch bei der Rüstung! was im Falle Marokkos einen enormen Sanierungseffekt



gehabt hätte)

- Schaffung eines konzernfreundlichen Klimas (unterdrückte Gewerkschaften, Steuerbefreiungen, Infrastruktur)

Hält ein Schuldnerland diese Bedingungen nicht ein, so muß es mit einer Art Liebesentzug durch den IWF rechnen, wie das 1982 bei Bangladesch der Fall war. Das Ergebnis waren zehntausende Verhungerte und der Staatsbankrott des Landes.

Was Austeritätsbestimmungen tatsächlich bringen, zeigt das Beispiel Brasiliens:

Nach dem Militärputsch 1964 war der Weg für amerikanische Konzerne frei. Brasilien sollte eine Entwicklungswirtschaftswunderland werden (am wunderbarsten freilich ist die Handhabung der Menschenrechte), eine Art Auslage des westlichen Wirtschaftsystems sozusagen. Beim Weltwährungsfonds wurden Milliardenschulden für den Bau von Kraftwerken, für Infrastrukturen und für die Entschleifung von Bodenschätzen usw. aufgenommen, um ausländische Investoren anzuziehen.

Gleichzeitig verlangten die Multis Steuerprivilegien, unterdrückte Gewerkschaften etc. Forderungen, die auf Druck durch den IWF erfüllt wurden.

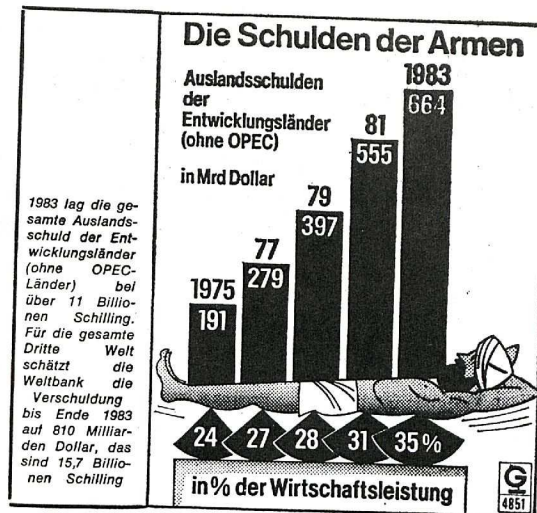
Innerhalb einiger Jahre sollten sich diese Investitionen laut IWF-Programm rentieren, ein kleiner Irrtum, wie sich herausgestellt hat. Nicht zuletzt auch die amerikanische Hochzinspolitik führte dazu, daß Brasilien heute die größte Auslandsverschuldung der Welt hat - 2000 Milliarden Schilling.

79% der Exporteinnahmen müssen alleine nur zur Zinsdeckung verwendet werden.

Die Zahl der Industriebeschäftigten sank in den letzten zwei Jahren um 20%. Die Inflationsrate beträgt derzeit 175%. Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) fiel in den letzten drei Jahren wie zwischen 1928 und 1931. Zuletzt wurde für die Gewährung eines neuerlichen Kredites eine Senkung der Löhne um ein Fünftel gefordert, was in Brasilien Demonstrationen, Streiks und Straßenschlachten auslöste.

Das gleiche Bild zeigt sich bei anderen Schuldnerländern.

Stand die Dritte Welt 1974 noch



mit 70 Milliarden Dollar bei westlichen Banken in der Kreide, so sind es heute 810 Milliarden Dollar = 16000 Milliarden Schilling!

Die Schuldnerländer sind in zunehmendem Maße nicht mehr gewillt, ihre Schulden zu begleichen. Dies zeigten auch die letzten OAS-Gipfel in Mexiko.

Der Traum, durch Organisationen wie den IWF Wirtschaftskrisen abzuwenden oder auch nur abzuschwächen, ist ausgeträumt. Es wird immer offensichtlicher, daß der IWF auf den Bankrott zusteuert. Alleine die Bankrotterklärung der zwei Hauptschuldner des IWF, Brasilien und Argentinien, würden an der Wallstreet das gesamte westliche Finanzsystem auseinanderbrechen lassen.

Eine ähnliche Entwicklung wie nach dem Schwarzen Freitag 1929 wäre die Folge.

Auf kapitalistischer Grundlage ist keine internationale Lösung der derzeitigen Wirtschaftskrise möglich. Die erste Reaktion der Kapitalisten auf die Krise war immer und ist heute noch, Nationalismus. Um ihre Profite zu retten, greifen sie zu protektionistischen Maßnahmen. Millionen Arbeitslose, Hunger und Krieg sind die Folge einer solchen Politik.

Die einzige Antwort die es darauf gibt, ist der Sturz des kapitalistischen Profitsystems. Um eine wirklich krisenfreie Produktion zu

garantieren, müssen die Schlüsselindustrien (Banken, Multinationale Konzerne usw.) in Gemeindegut überführt werden. Nur eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist in der Lage, Arbeitslosigkeit, Hunger und Krieg für immer abzuschaffen.

Michael Hollunder SJ10

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialistische Jugend Wien.
 Verantwortlicher Redakteur: Robert Schiffler
 1100 Wien Knöstellg. 41/37
 Richtung der Zeitung: Sozialistische Betriebszeitung.
 Druck: Brücke-Druck- und Verlags-GesmbH. 1010 Wien, Wipplingerstr. 23

MARXISTEN INDIVIDUELLEN

Die Frage des individuellen Terrorismus scheint in Österreich nicht von allzu großer Bedeutung zu sein. Auch von Streiks und politischer Gewalttätigkeit waren wir in den letzten Jahren weitgehend verschont. Während es 1981 in vielen Großstädten zu Krawallen und Straßenschlachten kam, (z.B. Berlin, Zürich, London und Liverpool) war es in Wien ruhig. Außer der unangekündigten Demonstration vom 1. März 1981 und den Auseinandersetzungen um das Inzwischen abgerissene, selbstverwaltete Jugendzentrum GaGa, erregte kaum etwas Österreichs Gemüter.

Doch jeden Tag finden um uns Gewalttaten statt. Politische Morde in Italien, ein Beinahe-Bürgerkrieg in Irland, Bürgerkrieg im Libanon, Bombenanschläge in Großstädten und Guerillakriege in der "Dritten Welt".

Die Ursachen für diese Gewalttaten werden oft falsch erklärt. So steckt hinter dem Konflikt in Irland oder im Libanon keineswegs nur religiöse Zerstrittenheit, sondern hauptsächlich wirtschaftliche und soziale Widersprüche.

Letztendlich kann nur der Marxismus gesellschaftliche Zustände analysieren und erklären. Politische Gewalt, aber schließlich auch Gewalt in zwischenmenschlichen Beziehungen wurzeln im Klassenkampf. Deswegen befürworten wir die Beseitigung der Klassengesellschaft. Unser Ziel ist die gewaltfreie, sozialistische Gesellschaft. Wie man diese erreichen kann und die Stellung von Marxisten zu Gewalt ist leicht erklärt.

Schon Marx und Engels betonten, daß der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer von Arbeitern kontrollierten, sozialistischen Gesellschaft nicht von einer "be-

wußten Minderheit" durchgeführt werden kann. Nur das bewußte Handeln der gesamten Arbeiterschaft kann zu einer klassenlosen Gesellschaft führen. Die einzige sozialistische Revolution, in Rußland 1917, bestätigte diese Notwendigkeit. Vor der stalinistischen Degenerierung übten die Arbeiter die Macht demokratisch aus.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten viele Linke Illusionen in den Guerillakampf. Guerilla ist eine Kampfform der Bauern. Sie stammt von den Bedingungen dieser Klas-

se. Der Kampf ums eigene Land und die Entfernungen zwischen den einzelnen Bauern unterscheidet diesen vom Kampf der Arbeiter. Nach einer 40-stündigen Arbeitswoche in der Stadt ist es für Arbeiter unmöglich, gegen ein ausbeuterisches System mit der Waffe in der Hand auf dem Land zu kämpfen. Durch die Bedingungen, die der Kapitalismus geschaffen hat, haben die Arbeiter viel bessere Waffen in ihren Händen: Politische Parteien, Gewerkschaften, die Möglichkeit zu demonstrieren und zu streiken. Die



GEGEN TERRORISMUS

Bauern haben, außer ein paar Ausnahmen, nie eine eigenständige Rolle in der Geschichte gespielt. Deswegen können die Guerilla-Armeen bestenfalls die Arbeiter in ihrem Kampf unterstützen.

In den meisten Ländern, wo reaktionäre Regimes mit Hilfe von Guerillataktiken gestürzt wurden, wäre auch eine sozialistische Revolution möglich gewesen. Die falsche Politik der Komintern unter Stalin brachte die Chinesische Revolution 1927 zum Scheitern. Auch in Kuba ist der Verrat der Stalinisten offensichtlich. 1942 saßen noch zwei Abgeordnete der KP im Kabinett des Diktators Batista.

1953 begrüßten sie auch noch die Rückkehr dieses "Progressiven". 1956 landete Castro in Kuba. Durch Kubas Isolation mußte es sich früher oder später an Moskau anlehnen und ist heute, wie die UdSSR und China, ein bürokratisch-absolutistisches Regime.

Durch die Beseitigung des Kapitalismus und Großgrundbesitzes, und wegen der relativ hohen Lebensqualität, hat Kuba für viele Arme in der kolonialen Welt eine starke Anziehungskraft. In Nicaragua z.B. spalteten sich die Sandinistas 1961 von der KP ab. Mit dem Modell Kubas vor Augen und mit Guerillamethoden waren sie in den 60er und 70er Jahren weniger erfolgreich. Erst die Arbeiter in Managua stürzten Somoza schließlich 1979 und verhalfen den Sandinistas an die Macht. 60% der Wirtschaft sind aber noch in privater Hand. Auch die Zugeständnisse an die USA, wie etwa "demokratische Wahlen" und ihre Zurückhaltung, die Revolution in ihren Nachbarländern zu unterstützen, sind große Rückschritte. Hilfskomitees sind moralisch sicher zu befürworten,

werden aber nicht verhindern, daß Nicaragua wirtschaftlich abhängig bleibt. Eine eigenständige Entwicklung alleine in einem Dritte-Welt-Land ist unmöglich. Dasselbe gilt auch für El Salvador. 1/3 des Bruttonationalprodukts stammt aus der Industrie. 1977 gab es einen, 1980 zwei Generalstreiks. Der entscheidende Fehler der FMLN (Nationale Befreiungsorganisation Frabundo Martí) ist, sich nicht auf die Arbeiter zu konzentrieren.

Sicherlich wären wir die letzten, die die Siege der Guerilla verurteilen würden. Aber auf ihrem Weg können sie nicht viel erreichen, und auch für Arbeiter in den fortgeschrittenen, kapitalistischen Ländern bieten sie keine Alternative.

Guerillataktik hatte nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem wegen der Schwäche des Imperialismus Erfolg. Am offensichtlichsten zeigte sich das beim Rückzug der USA aus Vietnam.



Soziale Probleme stecken hinter dem "Religionskrieg"; die terroristische IRA trägt dazu bei, falsche Fronten aufzubauen.

Entgegen ihren Behauptungen erreichte die paramilitärisch geführte IRA (Irish Republicanische Armee) überhaupt nichts. Sie konnte die Teilung Irlands (1919-21) nicht verhindern. Sicher hatte die IRA einmal eine Massenbasis, vor allem bei der desillusionierten Jugend. Aber ihre sektiererische Politik findet kaum mehr Unterstützung. Ihre sinnlosen Bombenattentate (seit 1969 ca. 2300 Opfer!) bescherten den Iren nur Notstandsgesetze. Dadurch stören sie auch den Aufbau einer starken Arbeiterpartei, weil in Irland, unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung, seit 1973 auch Übergriffe auf aktive Gewerkschafter erleichtert wurden.

Während man Guerillataktiken in den armen Dritte-Welt-Ländern noch verstehen kann, entarten diese in hochentwickelten Industrieländern in individuellen Terrorismus. Individueller Terrorismus ist ein Rückschritt in der Arbeiterbewegung. Er gehört in eine Zeit, wo das Bewußtsein der Arbeiter noch unterentwickelt war. Politische Gewalttaten beschränken die Arbeiter

Während man Guerillataktiken in den armen Dritte-Welt-Ländern noch verstehen kann, entarten diese in hochentwickelten Industrieländern in individuellen Terrorismus. Individueller Terrorismus ist ein Rückschritt in der Arbeiterbewegung. Er gehört in eine Zeit, wo das Bewußtsein der Arbeiter noch unterentwickelt war. Politische Gewalttaten beschränken die Arbeiter

Die Geschichte Irlands beweist, daß Guerillataktiken bei einem starken Imperialismus machtlos sind.

auf passives Beobachten. Kein Arbeiter weiß eigentlich welche Politik die RAF oder die Roten Brigaden vertreten. Sicher hatten etwa die PLO, die IRA oder die ETA einmal eine Massenbasis. Kapitalistische Ausbeutung wird durch nationale Unterdrückung noch verstärkt. Aber all diese Vereinigungen erzielten kaum Verbesserungen, obwohl sie schon ziemlich lange "arbeiten". Es ist unmöglich, gegen ein starkes Wirtschaftssystem, mit relativ schwachen Waffen, und wenigen Leuten zu kämpfen. Nicht zuletzt fordert der terroristische Kampf zahlreiche Menschenopfer, die überhaupt nicht zu rechtfertigen sind.

Der Kapitalismus braucht den bürgerlichen Staat, mit all seinen Politikern, Polizeichefs und Gesetzgebern. Doch diese Werkzeuge des Kapitals sind ersetzbar. Nur der gemeinsame Kampf gegen ein System, das auf Profitgier beruht, wird Erfolg haben. Natürlich verstehen wir die Wut und Frustration derer, die glauben auf der Straße rascher etwas ändern zu können. In verbürokratisierten Massenorganisationen für ein sozialistisches Programm zu



kämpfen, ist sicher nicht einfach. Aber nur in den traditionellen Arbeiterorganisationen haben wir die Chance, eine Alternative aufzuzeigen. Nur die Arbeiterklasse ist imstande diese unmenschliche Gesell-

schaftsform zu ändern. Nur der Sozialismus garantiert Demokratie, individuelle Freiheit und nationale Selbstbestimmung.
Bettina Wolf SJ 10

Ausbildung 'raus aus Unternehmerhand

Fortsetzung von Seite 1

chenen Wirtschaftsaufschwung. Sie wissen, daß die Krise nicht sobald überwunden sein wird. Weil sie sich die Arbeiter als Kostenfaktor in Zukunft immer weniger leisten können, bilden sie erst gar keine Fachkräfte aus. Oder wenn, dann nur, um für zwei bis drei Jahre billige Arbeitskräfte zu haben, um sie dann entlassen und gegen neue aus der Reservearmee eintauschen zu können. Viele Jugendliche werden nach der Beendigung ihrer Lehre entlassen.

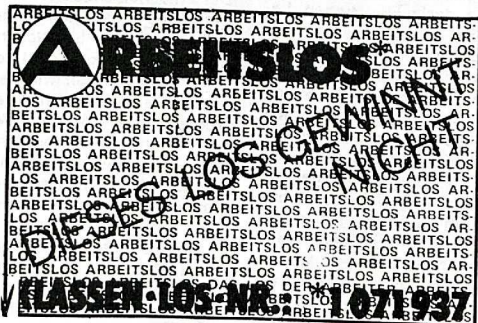
Immerhin haben diese "Glücklichen" eine Berufsausbildung, aber sie stehen trotzdem auf der Straße. Noch schlimmer ist die Lage für diejenigen, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz finden.

Ohne jede öffentliche Unterstützung bleiben sie völlig abhängig vom Elternhaus.

Von Jugendbeschäftigungsprogrammen in der derzeitigen Form

können wir ebensowenig wie von den Unternehmern erwarten, daß sie diese Misere beenden.

Die SPÖ darf nicht länger den Unternehmern Geschenke machen



und allenthalben ziemlich wirkungslose Beschäftigungsprogramme ausarbeiten. Der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit kann nur gewonnen werden, wenn SPÖ und ÖGB mit sozialistischen Lösungen in die Offensive gehen.

Wir fordern:

* Keine Entlassungen von Lehrlingen und Berufsanfängern!

* Übernahme aller ausgemerten Lehrlinge in Ihren erlernten Beruf!

* 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust!

* Gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!

* Die Entscheidung über Entlassung und Einstellung muß alleine in den Händen der Betriebsräte liegen!

Bevor die jugendlichen Arbeitslosen auf Grund Ihrer aussichtslosen Lage dem Alkohol verfallen oder rechten Gruppen in die Hände laufen, müssen ÖGB, SPÖ und Ihre



Jugendorganisationen (ÖGJ, SJ, JG . . .) sie als Mitglieder gewinnen. Daher müssen die Gewerkschaften für alle arbeitslosen Jugendlichen geöffnet werden.

Robert Schiffler SJ10

FÜR ARBEITERDEMOKRATIE IN OSTEUROPA

Die kapitalistischen Industrieländer befinden sich in einer tiefen Strukturkrise. Marx wies darauf hin, daß nur ein Wachstum der Produktivkräfte, Wissenschaft und Technik eine Weiterentwicklung der Gesellschaft garantiert.

Doch Marx's Gedanken treffen auch auf die UdSSR und Osteuropa zu.

Die größte Errungenschaft der Russischen Revolution, die Verstaatlichungen und die Planung der Wirtschaft, ermöglichten, die Industrieproduktion von 1913-1963 um das zwelundfünzigfache zu steigern. Trotz Mißwirtschaft, Fehlplanung und Bürokratie erreichte nicht einmal Japan diese Wachstumsrate. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg konnte sich die russische Wirtschaft, dank der Planwirtschaft, rasch von den verheerenden Zerstörungen erholen.

In den fünfziger Jahren war die Produktionsrate zweimal so hoch wie die in den westlichen Industrienationen: durchschnittlich 12%. 1967 stieg sie nurmehr um 10%. In den Siebzigern ging sie um die Hälfte zurück.

1981 und 1982 wuchs die Wirtschaft um 2,5%. Das war die niedrigste Steigerungsrate seit dem Zweiten Weltkrieg. Obwohl enorme Summen in die Landwirtschaft investiert wurden, liegen die Erträge unter denen von 1970.

In der Schwerindustrie - wie z.B. in der Stahlindustrie - ist die UdSSR den anderen weit voraus. Die Produktivkräfte sind ebenso groß wie die der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Doch die letzten Jahre zeigen, daß auch die UdSSR die Produktionsrate, etwa die der USA, nicht mehr übertreffen können. Die Pro-



Ein Viertel des Getreides um Dollars kaufen

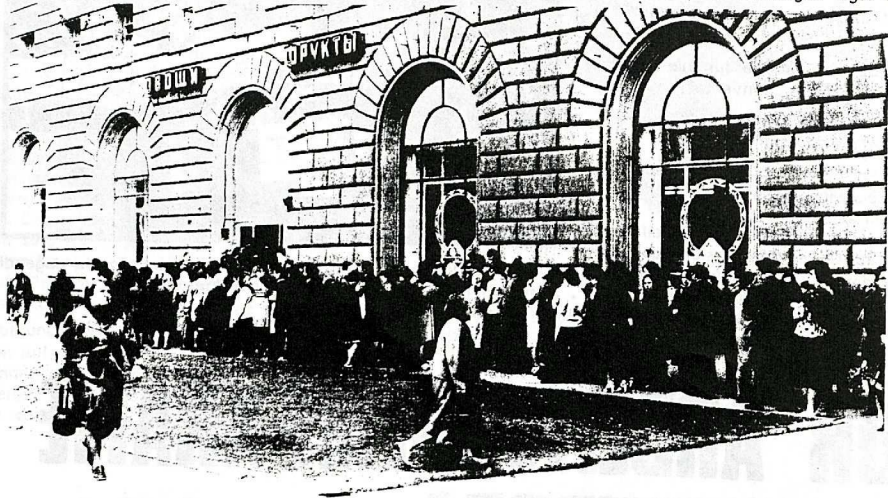
duktionsrate der USA betrug 1983 ca. 3,5%.

Die stalinistische Bürokratie wird immer offensichtlicher zum Hemmnis der russischen Gesellschaft. In der Wirtschaft erfolgte ständig ein Wechsel zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung, der aber an der Ursache der Mißwirtschaft nichts änderte. Eine geplante Wirtschaft kann nur durch die Führung und Kontrolle der Arbeiter ihr gan-

50% der gesamten russischen Arbeitsleistung durch Mißmanagement und Korruption verschwendet wird. Tschernenko gehört genauso wie seine Vorgänger Andropov, Breschnev, Chruschtschow und Stalin selbst der privilegierten Bürokratie an. Der kürzlich verstorbene Parteichef Andropov wurde durch die Mißwirtschaft alarmiert. Er versuchte es mit ein paar Reförmchen gegen Korruption, die aber nur Einzel-

170.000 Arbeiter. Ein Proteststreik nahm 1980 alleine in den zwei Fabriken die Ausmaße eines Generalstreiks an.

Doch nicht nur in der UdSSR, auch im gesamten Ostblock gibt es kein Regime, zu dem die Arbeiter nicht in Opposition stehen. Die Bürokratie fürchtet die Macht der russischen Arbeiterklasse. Schon Lenin erkannte die Gefahr einer Bürokratie. Deswegen legte er vier



Käuferchlange vor Gemüseladen in Moskau

zes Potential entfalten. Das ist im Ostblock nicht der Fall. Es kann nicht funktionieren, wenn in Moskau die herrschende Clique die Pläne für weit entfernte Fabriken festsetzen will. Die Pläne werden nach den seltsamsten Gesichtspunkten zusammengesetzt. So kam es vor, daß Nägel produziert wurden, die durch ihre Größe nicht verwendet werden konnten. Das Ziel wurde zugunsten der Stückzahl geändert. Viele kleine Nägel wurden hergestellt, die man erst recht nicht brauchte.

Breschnev's Regime probierte es deshalb mit "Dezentralisation" und mit höherer Bezahlung für das "Ein-Mann-Management" in einzelnen Fabriken. Das brachte niemandem etwas, außer daß die herrschende Bürokratie vergrößert wurde. Gleichzeitig wuchsen Bestechung und Korruption innerhalb der Moskauer Clique.

Es wird geschätzt, daß etwa

personen betroffen haben. Ebenso kontrollierten spezielle Brigaden die Vergnügungststätten größerer Städte, und zwar während der Arbeitszeit. Das zeigte auch kurz Erfolg.

Die Bürokratie selbst ist sich uneinig. Einige wollen Reformen von oben, um eine Revolution von unten zu verhindern. Andere wieder sprechen sich für "härtere Maßnahmen" gegen die unzufriedenen Arbeiter aus.

Es gibt einige Zeichen, die auf wachsende Opposition hinweisen. Im Jänner 1982 wurden 40 junge Leute - selbst Söhne und Töchter der herrschenden Clique - verhaftet. Sie kamen zusammen um Trotzky's Ideen über den "Verrat der russischen Revolution" zu diskutieren.

Die UdSSR ist kein rückständiges Land mehr. 18 Städte haben mehr als eine Million Einwohner, 270 Städte über hunderttausend.

Die Autofabrik in Gorki umfaßt 200.000, die Togliatti-Fabrik

Bedingungen zwecks Vermeldung dieser, fest. Keine davon sind in der UdSSR und in Osteuropa erfüllt:

- Alle Funktionäre müssen gewählt werden und sollen jeder Zeit abgewählt werden können.

- Keine ständige Bürokratie! Funktionen müssen abgewechselt werden: "Jeder Koch kann Minister und jeder Minister kann Koch werden."

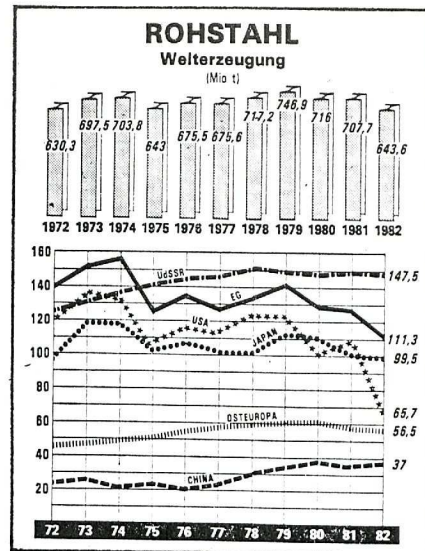
- Kein stehendes Heer, sondern Volksbewaffnung, um den Sozialismus zu verteidigen.

- Keine Einkommensunterschiede größer als 4:1

Die Bedingungen für eine politische Revolution werden immer besser, und zukünftige Aufstände werden größer sein als die von 1956, 1968 und 1980.

Beginnt sich das Proletariat einmal seiner Macht bewußt zu werden, werden die stalinistischen Bürokraten ein für allemal daran gehindert, den Sozialismus zu verraten!

ENTLASST DIE BOSSE - NICHT DIE ARBEITER!



Der Kapitalismus steckt weltweit in der Krise, mehr als 35 Millionen Arbeitslose in den Industriestaaten sprechen eine deutliche Sprache. Besonders von dieser Wirtschaftskrise betroffen ist die Stahlindustrie. Dort gingen in den letzten Jahren hundertausende Arbeitsplätze verloren: In den EG-Staaten waren es seit 1974 260.000, in den USA 190.000 und in Österreich verloren in den letzten Jahren 25% der Vöest- und 30% der VEW-Arbeiter den Job.

Der Grund für diese Massenarbeitslosigkeit liegt vor allem an dem nur auf Profit ausgerichteten kapitalistischen Wirtschaftssystem. So wurde (trotz beginnender Wirtschaftskrise) seit 1974 weltweit ein Kapazitätenausbau vorgenommen. In den Industrieländern wurde die Stahlkapazität um 7%, in den Entwicklungsländern gar um 300% ausgebaut! Folge ist eine kaum vorstellbar niedrige Auslastung der gegenwärtigen Stahlkapazitäten. Sie liegt in der EG-Stahlindustrie bei 50% und in den USA bei 40%. Durch diese Mißwirtschaft hervorgerufen, droht nun in vielen Ländern die Verelendung ganzer Regionen. So z.B. das Ruhrgebiet in der BRD. Diese Entwicklung droht auch den Gebieten, in denen Österreichs Stahlindustrie ansässig ist. Schon jetzt bangen tausende Familien in Kapfenberg, Ternitz und

anderen Stahlstädten um ihre Existenz. Tausende Jugendliche in diesen Gebieten haben keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz. Wird das Stahlwerk in Ternitz wie vorgesehen geschlossen, droht das Austeren einer ganzen Stadt.

In Ternitz, Mürrzuslag, Judenburg und Wien kam es in letzter Zeit zu Protesten seitens der Belegschaft. Protestversammlungen, Straßenbesetzungen und anderes mehr wurden durchgeführt und weitere Kampfmaßnahmen angedroht.

Die Ternitzer drohen sogar, den Betrieb zu besetzen, um eine Demontage zu verhindern.

Diese Protestaktionen können aber nur der Anfang einer breiten Protestbewegung in der gesamten verstaatlichten Industrie sein. Die Belegschaften der verschiedenen Standorte dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen gemeinsam für die Erhaltung aller Arbeitsplätze kämpfen.

Massenausstritte aus ÖGB und SPÖ sind zwar angesichts des Verhaltens der Spitzenfunktionäre verständlich, es wird aber im Kampf um die Arbeitsplätze kein Weg an diesen Massenorganisationen der Arbeiter vorbeiführen. Der Kampf um die Arbeitsplätze in der verstaatlichten Industrie muß auch ein Kampf um mehr Demokratie in ÖGB und SPÖ sein. Die Entscheidungen

In diesen Organisationen müssen von ihren Mitgliedern getroffen werden und nicht von wenigen Spitzenfunktionären. Deshalb fordern wir:

- * Keine Geheimverhandlungen mehr.
- * Alle Verhandlungen über die Zukunft der Verstaatlichten müssen öffentlich geführt werden.
- * Offenlegung der Geschäftsbücher.
- * Statt Kurzarbeit und Entlassungen: 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust!
- * Demokratische Kontrolle und Verwaltung der Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen!
- * Jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre!
- * Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen Volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion unter demokratischer Arbeiterkontrolle und Verwaltung!

Robert Schiffler SJ10

Die alten österreichischen Sozialistenführer : Was hinter dem „Austromarxismus“ steckt

Fortsetzung von der letzten Ausgabe

Die Austromarxisten bekannten sich in Worten zur "proletarischen Wehrhaftigkeit". Sie drohten der Bourgeoisie sogar an, ihren Widerstand "mit Mitteln der Diktatur zu brechen", falls sie es nicht zullebe, daß Otto Bauer für seine Partei in aller Ruhe 51% der Stimmen einammelt und anschließend im Parlament den Austro-Sozialismus beschließen läßt.

DER 15. JULI 1927

Es blieb bei leeren Drohungen. Die Austromarxisten wiederholten zwar dutzende Male: "Wehe dem Faschismus, wenn er uns angreift!", aber sie hofften immer, daß man sie in Ruhe lassen wird, und daß die Dinge, so Gott will, sich auch diesmal auf gegenseitige Drohungen und Schütteln der Äuße beschränken lassen.

Indessen rüstete die Reaktion auf. Christlichsoziale, Großdeutsche, Monarchisten und Nationalsozialisten bauten paramilitärische Verbände auf, die eindeutig gegen die Arbeiterbewegung gerichtet waren: die sogenannten Helmwehren. Die Helmwehren gingen immer offener zum Terror gegen Gewerkschaften, Sozialisten und Kommunisten über. Immer wieder überfielen und ermordeten sie wehrlose Arbeiter. Und die Klassenjustiz sprach die Attentäter mit schöner Regelmäßigkeit frei. Als am Morgen des 15. Juli 1927 die sozialdemokratischen Arbeiter in der "Arbeiterzeitung" lasen, wie am Vorabend wieder faschistische Arbeitermörder freigesprochen worden waren, brachte dies das Pulverfaß zur Explosion. Spontan, ohne Aufforderung der Austromarxisten (ja sogar zu deren Entsetzen) marschierten Zehntausende Arbeiter in das Stadtzentrum Wiens; ein Generalstreik griff um sich. Auf dem Weg zum Justizpalast wurden die empörten, aber unbewaffneten und



noch friedlichen Demonstranten von der Polizei angegriffen. Es kam zu Strassenkämpfen. Der Justizpalast, Symbol der verhaßten Klassenjustiz wurde gestürmt und in Brand gesteckt. Die Polizisten feuerten mit scharfer Munition in die Menge: 86 Tote und 1.100 Verwundete blieben auf dem Pflaster liegen.

Während die Straßenkämpfe den ganzen Tag tobten, während sich erneut eine revolutionäre Situation herausbildete, hatten die Austro-



Kanzler Dollfuß (3. v. r.) bei Gefallenen-Ehrung: Weg frei für den Faschismus

marxisten nichts besseres zu tun, als unter Aufbietung all ihrer Autorität, die Arbeiter am Kämpfen zu hindern und zu versuchen, die Demonstranten nach Hause zu schicken.

Der Schutzbund wurde von der Parteispitze zwar eingesetzt - aber nicht, um die Demonstration gegen die Polizeiübergrieße zu verteidigen, sondern einzlig und allein zu dem Zweck, gefangengenommene Polizisten aus den Händen der wütenden Demonstranten zu befreien!

Die Niederlage von 1927 entmutigte die Arbeiter; aber sie waren noch nicht entgütlich geschlagen. Es zeigte sich später, daß die Wiener Polizeiführung diese Ereignisse bewußt und kaltblütig provoziert hatte, um den Arbeitern "eine Lehre zu erteilen", wobei sie davon ausging, daß die Austromarxisten "eh schon brav" bleiben würden.

Die Ereignisse von 1927 gaben der Reaktion weiteren Auftrieb. Die Helmwehren wurden frecher. Mit ihrer Unterstützung schaltete der Bundeskanzler Dollfuß im März 1933 das Parlament per Staatsstreich aus und regierte mit Notverordnungen weiter. Die Austromarxisten belleßen es im großen und ganzen bei mündlichen und schrift-

lichen Protesten. Ingeheim bereiteten sie schon ihre Flucht ins Ausland vor.

Bald wurde der Schutzbund verboten. Er arbeitete illegal weiter. Die Helmwehren und die Polizei veranstalteten immer häufiger Razzien, Hausdurchsuchungen und Waffensuche in sozialdemokratischen Arbeiterheimen.

DER 12. FEBRUAR 1934

Die austromarxistische Führung rief zur Ruhe auf; den Schutzbündelern an der Basis platzte bald der Kragen. Am 11. Februar 1934 kündigte einer der Helmwehrrührer "für den folgenden Tag" prahlend die "grote Abrechnung" an. Als sich am 12. Februar der illegale Linzer Schutzbund gegen eine Polizeilaktion in seinem Arbeiterheim zur Wehr setzt, ist das Signal zu einem erneuten spontanen Aufstand im ganzen Land, den die Parteiführung trotz allen Appellen nicht verhindern kann.

In Wien und in fast allen Industriezentren kommt es zu schweren Kämpfen. Zehntausende sind bereit zum Kampf - aber die wenigsten haben Waffen. Die Schutz-



Beschuß des Karl-Marx-Hofs: „Päpstliche Enzyklika wird nun verwirklicht“

bundführer und -vertrauensleute kennen die geheimen, schon vor Jahren angelegten Waffenlager und -verstecke. Doch sie verraten diese Verstecke nicht: entweder, weil sie sich schon auf der Flucht befinden, oder weil sie sich ganz einfach

welgern ("der Zeitpunkt ist nicht richtig; das Kräfteverhältnis ist ungünstig...").

G.E.R. Geyde, ein bürgerlicher Journalist aus England war Augenzeuge der Ereignisse. Er schildert erschütternde Szenen: "Verzweifelt suchte der Republikanische Schutzbund nach den verborgenen Waffen. Wo solche gefunden wurden, wurden sie zur Verteidigung der Arbeiterwohnungen gebraucht... In vielen Fällen konnten die Waffen nicht gefunden werden... In einem großen Wohnblock, dem Engels-Hof, gruben die Bewohner verzweifelt in den Höfen nach Waffen und klopfen die ganze Nacht die Wände ab, während die Frauen mit bloßen Händen die Erde aufrissen... aber... sie fanden nichts ... In anderen Bauten - im Karl-Marx-Hof, im Otto-Kringer-Arbeiterheim, in der Arbeiter-siedlung von Sandlitten - wußte man, wo die Waffen eingemauert waren; sie wurden eiligst verteilt..."

"Überall, wo Schutzbündler Waffen finden konnten, verteidigten sie ihre Häuser, bis ihnen die Munition ausging."

"An vielen Stellen mußte die Polizei Panzerautos und Tanks einsetzen, um den Widerstand zu brechen. Draußen vor dem Laaer Berg errichtete der Schutzbund ein beachtliches Verteidigungssystem mit Barrikaden und regelrechten Schüt-

Der Austromarxist Otto Bauer über den Austromarxismus:

"Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Helmwehner, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geist der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefährdrohenden Konflikten gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung; die bewaffnete Macht war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariemassen. Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen

durch Straßenaufnuhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispiellos schwieriger Bewältigung. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beendern, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuer abhalten."

(Anm. d. Red.: Otto Bauer meint dies nicht ironisch oder zynisch; die Austromarxisten waren stets stolz auf die Rolle, die sie spielten!)

Ein bekannter russischer Revolutionär über den Austromarxismus:

"Während die wirkliche Lehre von Marx die theoretische Formel der Aktion, des Angriffs, der Entwicklung der revolutionären Energie, der in der revolutionären Führung des Klassenkampfes ist, verwandelte sich die österreichische Schule in die Akademie der Passivität und des Ausweichens, wurde vulgär-historisch und konservativ, d.h. reduzierte ihre Aufgabe darauf, die Erscheinungen zu erklären und sie zu rechtfertigen, statt sie auf die Aktion und auf die Niederwerfung zu richten."

"Was den österreichischen Marxismus auszeichnet, ist der Abscheu vor der revolutionären Aktion und die Angst vor ihr. Der österrei-

chische Marxist ist fähig, eine Unmenge von Tiefsinn in der Erklärung des gestrigen Tages zu entfallen und einen beträchtlichen Wagemut in der Prophezeiung für den morgigen Tag zu zeigen - aber für den heutigen hat er nie einen großen Gedankensprung, keine Voraussetzungen zu einer großen Aktion."

"Der österreichische Marxist ist unerschöpfbar, wenn es sich um das Ausfindigmachen von Ursachen handelt, welche die Initiative hindern und die revolutionäre Aktion erschweren. Der österreichische Marxist ist eine gelehrte und gespreizte Theorie der Passivität und der Kapitulation."

zengräben, die die Felder zwischen den Häusern durchzogen. Diese Gräben wurden von 2.000 bewaffneten Schutzbündlern gehalten... Mangelhaft bekleidet, in schlechten Schuhen und nahezu ohne Nahrung und Trinkwasser verteidigten diese 2.000 Männer drei bitterkalte Februartage und -nächte hindurch ihre Helmstätten..."

FAZIT

Der 12. Februar 1934 besiegelte die vorläufige Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse, deren heldenhafter Widerstand gegen die faschistische Machtübernahme durch den Verrat ihrer eigenen Führer ins Leere ging.

Der 12. Februar zeigt den wahren Charakter des Austromarxismus

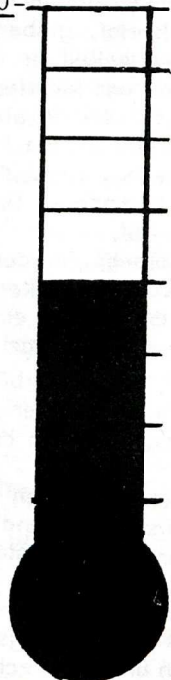


In seinen Worten viel revolutionärer als die übrige europäische Sozialdemokratie, war er in seinem Handeln genauso feige und schändlich: noch während die Kämpfe tobten, befanden sich die austromarxistischen Schutzbundführer (wie z.B. Julius Deutsch) im sicheren Exil - mitsamt der Schutzbundkasse!

Soviel zur austromarxistischen Praxis. Zur austromarxistischen Theorie: diese mußte immer dazu erhalten, die gestrige Kapitulation, den gestrigen Rückzug zu decken und zu rechtfertigen; manchmal versprach sie revolutionäre Zukunftsperspektiven - aber einen Leitfaden zum revolutionären Handeln für den heutigen Tag stellte sie nie dar...

Spendet für VORWÄRTS!

30.000 - Juni



Bis Ende März sind bei uns auf dem Spendenkonto 15164.- öS eingegangen. Das liegt um genau 5512 öS unter unserem Plansoll. Um unser Ziel von 30 000.- öS bis Ende Juni zu erreichen, und uns damit den so dringend notwendigen, eigenen Schreibcomputer, kaufen zu können, müssen die Anstrengungen nun verdoppelt werden. Ab sofort sollten jeden Monat mindestens 4945.- öS an Spenden bei uns eingehten.

Wir bitten alle, die bis jetzt noch gezögert haben, uns etwas von Ihrem kargen Gehalt, oder Taschengeld, zu spenden, das jetzt zu tun. Es müssen ja keine Millionen sein. Für uns ist jeder Schilling wichtig. Um unsere Zeitung, und damit unseren politischen Kampf für eine sozialistische Gesellschaftsordnung weiterführen zu können. Wir bekommen weder aus Moskau noch von SPÖ oder ÖGB Geld und wollen das auch nicht. Auch nach finanzträchtigen Inseraten wird man in unserer Zeitung umsonst suchen.

Unsere finanzielle Basis sind alleine die Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen die mit unseren Ideen übereinstimmen.

Wir danken allen, die uns bis jetzt unterstützt haben und hoffen, daß es noch mehr werden.

Eure VORWÄRTS-Redaktion.

SPENDENKONTO: Zentralsparkasse
Kontonr. 670043207

ICH MÖCHTE VORWÄRTS
ABONNIEREN und habe Ös 50
(für sechs Ausgaben)
auf das Postscheckkonto
Robert Schifflie Kontonr.
7409295
überwiesen.
Lieferung folgt nach Zahlungseingang.
Name: